

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Wolfgang Schwarz und Jaqueline Rauschkolb (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

### Trendwende beim „Komasaufen“ junger Menschen

Die **Kleine Anfrage 2929** vom 18. Dezember 2014 hat folgenden Wortlaut:

Laut aktuellen Pressemeldungen ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit einer Alkoholvergiftung in die Klinik kommen, rückläufig. In Rheinland-Pfalz ist ein Rückgang von 18 Prozentpunkten zu verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Situation?
2. In welcher Gruppe tritt die Problematik des „Komasaufens“ zumeist auf?
3. Welche Schwerpunkte setzt die Landesregierung in der Suchtprävention?
4. Welche Maßnahmen und Projekte werden von der Landesregierung unterstützt und gefördert?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. Januar 2015 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Es ist sehr erfreulich, dass erstmals seit Erfassung der Daten deutlich weniger junge Menschen wegen Alkoholintoxikationen in Krankenhäuser eingewiesen werden mussten. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes wurden im Jahr 2013 insgesamt 1 378 Zehn- bis 19-jährige stationär behandelt. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr mit 1 683 Einweisungen einem Rückgang von 18,1 Prozent.

Diese positive Entwicklung bestätigt die intensive Präventionsarbeit, die nach wie vor unverzichtbar und ein wichtiger Beitrag ist. Gerade junge Menschen müssen frühzeitig über die Gefahren riskanten Alkoholkonsums informiert und für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol sensibilisiert werden.

Auch die aktuelle Drogenaffinitätsstudie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) belegt einen zurückgehenden Alkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen. So steigt die Zahl derer, die noch nie in ihrem Leben Alkohol konsumiert haben. Und beim regelmäßigen und riskanten Konsum nehmen die Prävalenzzahlen ab.

Dieser insgesamt rückläufige Trend bildet sich nun erstmals auch bei den Einweisungszahlen aufgrund eines akuten Rauschs ab.

Zu 2.:

Bei den stationären Behandlungen aufgrund eines akuten Rauschs ist die Gruppe der 15- bis 19-jährigen männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden am stärksten betroffen. Ihr Anteil macht mit 769 Einweisungen rund 17 Prozent (16,69 Prozent) der insgesamt 4 606 Alkoholintoxikationen aller Altersgruppen in Rheinland-Pfalz aus.

b. w.

Zu 3.:

Die Landesregierung fördert seit vielen Jahren suchtpreventive Maßnahmen und setzt Schwerpunkte mit dem Büro für Suchtprävention bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung e. V., den Suchtpräventionsfachkräften bei den Suchtberatungsstellen sowie den rund 40 regionalen Arbeitskreisen Suchtprävention.

Das Büro für Suchtprävention koordiniert die landesweiten Angebote und unterstützt die Suchtpräventionsfachkräfte und die regionalen Arbeitskreise Suchtprävention, Maßnahmen und Projekte vor Ort umzusetzen.

Zu 4.:

Die Landesregierung fördert vielfältige Maßnahmen und Projekte, die sich an die breite Öffentlichkeit, aber auch an spezifische Zielgruppen, wie Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, sonstige Erziehungsverantwortliche, Verantwortungsträger in den Kommunen oder direkt an Kinder und Jugendliche wenden. Beispielhaft zu nennen sind die Bausteine der Alkoholpräventionskampagne „Mach Dir nix vor!“ oder das Alkoholpräventionsprojekt „HaLT-Hart am Limit“ – ein passgenauer Ansatz zur Vorbeugung des Rauschtrinkens und des riskanten Alkoholkonsums bei jungen Menschen – zu dem im August 2014 eine Rahmenvereinbarung zur finanziellen Förderung zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und dem Land unterzeichnet wurde.

Aber auch Schülermultiplikatorenseminare, die landesweite Aktionswoche Suchtprävention oder die erfolgreichen Programme MOVE (Motivierende Gesprächsführung mit konsumierenden Jugendlichen), KITA-MOVE, SKOLL (Selbstkontrolltraining) und FreD (Frühintervention bei erst auffälligen Drogenkonsumenten) werden fortgeführt und weiterhin unterstützt.

Wichtiges Ziel der suchtpreventiven Maßnahmen ist es, gerade bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig Kompetenzen zu fördern, die ihnen dabei helfen, alltägliche Lebensanforderungen und schwierige Situationen konstruktiv zu bewältigen, gesundheitsbewusst zu leben und verantwortlich mit Gefährdungen umzugehen. Eltern und andere Erziehungsverantwortliche gilt es, in ihrer wichtigen Funktion und Vorbildrolle zu stärken. Aber auch auf die gezielte Einhaltung der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen wird im Rahmen suchtpreventiver Maßnahmen hingewirkt.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Staatsministerin